



Petition 174047

Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik - Anhebung der Geringfügigkeitsgrenze für Minijobber

Text der Petition

Mit der Petition wird gefordert, die Geringfügigkeitsgrenze für Minijobber, die studieren oder eine schulische Ausbildung absolvieren, von derzeit 520 Euro auf 650 Euro pro Monat anzuheben. Studierende sowie Schülerinnen und Schüler sollen bis zu diesem Betrag steuerfrei verdienen können, um ihre finanzielle Belastung verringern und ihnen den notwendigen Freiraum für ihre Bildung zu schaffen.

Begründung

Viele Studierende und Schüler:innen sind auf zusätzliche Einnahmen angewiesen, um ihren Lebensunterhalt und die Kosten ihrer Ausbildung zu decken. Die derzeitige Grenze von 520 Euro ist in Zeiten steigender Lebenshaltungskosten nicht mehr zeitgemäß und führt dazu, dass selbst geringe zusätzliche Einkünfte versteuert werden müssen. Dies belastet junge Menschen, die sich auf ihre Ausbildung konzentrieren sollten, und erschwert ihnen den Zugang zu einer ausreichenden finanziellen Basis.

Eine Erhöhung der Einkommensgrenze auf 650 Euro pro Monat würde die Einnahmen besser an die aktuellen wirtschaftlichen Bedingungen anpassen, ohne dass zusätzliche Steuern fällig werden. Zudem bliebe diese Anpassung ausschließlich auf Personen im Bildungssektor beschränkt und würde nicht auf andere Personengruppen ausgeweitet.

Zusätzlich hätte diese Maßnahme einen positiven Effekt auf den Arbeitsmarkt: Durch die höhere steuerfreie Einkommensgrenze könnten mehr Studierende und Schüler:innen Anreize erhalten, zusätzliche Arbeitsstunden zu leisten. Dies würde nicht nur ihre finanzielle Situation stabilisieren, sondern auch dem Arbeitsmarkt wertvolle Arbeitskräfte zuführen, insbesondere in Bereichen, die stark auf Teilzeitkräfte angewiesen sind.

Ich bitte daher den Deutschen Bundestag, eine Gesetzesänderung in die Wege zu leiten, die Studierenden und Schüler:innen eine steuerfreie Einkommensgrenze von 650 Euro monatlich im Rahmen eines Minijobs ermöglicht. Diese Maßnahme wäre ein wichtiger Schritt, um die finanzielle Entlastung junger Menschen im Bildungswesen zu gewährleisten, ihnen bessere Möglichkeiten für ihre Ausbildung zu bieten und gleichzeitig den Arbeitsmarkt zu entlasten.